

Anfragen zum Plenum in der 44. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Beschreibung der Lage der IT-Sicherheit in Deutschland als „angespannt“ im BSI-Lagebericht 2020 (BSI = Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) bewertet, welche Schlüsse sie daraus zieht und welche sich daraus ergebenden Handlungsmaßnahmen sie für Bayern vorsieht, um die Cybersicherheit für kritische Infrastrukturen, Unternehmen, Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger zu verbessern?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche sind (bitte nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten und Landkreisen angeben) im aktuellen Kita- bzw. Schuljahr 2020/2021 in den entsprechenden Bildungseinrichtungen in Bayern angemeldet (bitte ebenfalls jeweils ausdifferenzieren nach Kindertageseinrichtungen und verschiedenen Schularten), wie viele Kinder und Jugendliche mussten oder müssen seit Beginn des Kita- bzw. Schuljahres zeitweise aufgrund von COVID-19-bezogenen Maßnahmen (z. B. Quarantänemaßnahmen für Kita-Gruppen, Schulklassen etc.) zu Hause bleiben und hält die Staatsregierung daran fest, bei sehr hohen Infektionszahlen in einzelnen kreisfreien Städten oder Landkreisen regionale Lockdowns zu verhängen bzw. zu empfehlen, die beispielsweise aktuell im Berchtesgadener Land auch die Schließung von Kitas und Schulen umfassen, statt diese Einrichtungen länger als andere offenzuhalten?

Markus Bayerbach
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass in Asien Kinder durch staatlich verordneten Zwang dazu genötigt wurden, mit Mund-Nasen-Schutz Sport zu betreiben, woraufhin dann drei Todesfälle verzeichnet wurden¹ und vor dem Hintergrund, dass eine Schülerin, die einen staatlich verordneten Mund-Nasen-Schutz (MNS) im Schulbus trug und mit diesem dann kollabierte und verstarb², wobei die zweite Obduktion lediglich eine Kausalität zwischen Maskentragen und Tod verneinte, nicht aber einen Einfluss des MNS auf den Tod und vor dem Hintergrund, dass sich Eltern von Kindern des Gymnasiums Höhenkirchen–Siegertsbrunn letzte Woche an den Fragesteller mit der Beobachtung gewandt haben, dass im dortigen Gymnasium die Schüler nicht einmal während des Sports vom staatlichen Zwang einen MNS zu tragen befreit wurden, frage ich die Staatsregierung, ist zutreffend, dass mindestens in der Woche vom 19.10. bis 25.10.2020 mindestens im Gymnasium in Höhenkirchen–Siegertsbrunn, darunter insbesondere in dessen Klasse 6b, während des Sportunterrichts es von der zuständigen Schulleitung unterlassen wurde, die Schüler während des Treibens von Sport vom staatlichen Maskenzwang zu befreien ist zutreffend, dass ein Mädchen aus diesem Gymnasium, z. B. aus der 6b, während des Sportunterrichts in einen Zustand geriet, der es notwendig machte, dass ein Rettungshubschrauber alarmiert wurde und auch eintraf und ist es zutreffend, dass dieses Mädchen während des Sportunterrichts und unmittelbar bevor sie in diesen Zustand geriet, der eine Alarmierung eines Rettungshubschraubers notwendig machte, einen staatlich aufgezwungenen MNS trug?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Handlungsfelder wurden für den Gute-Kita-Vertrag zwischen Bayern und dem Bund für den Zeitraum 2021/2022 ausgewählt, in welcher Höhe werden die Mittel bei den jeweiligen Handlungsfeldern hinterlegt und welche Maßnahmen sind zur Bearbeitung der Handlungsfelder vorgesehen?

¹ <https://www.thatsmags.com/china/post/31100/student-deaths-lead-schools-to-adjust-rules-on-masks-while-exercising>

² https://www.rheinpfalz.de/lokal/pfalz-ticker_artikel,-13-jährige-bricht-in-schulbus-zusammen-und-stirbt-arid,5107196.html

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, worin sie vor dem Hintergrund des als VS-klassifizierten (VS = Verschlussache) Regierungspapiers „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“, in dem geraten wird, eine „gewünschte Schockwirkung zu erzielen“, indem bei den Bürgern ganz gezielt Urängste geschürt werden, wie z. B. Kindern die Schuld am Tod ihrer Eltern zu geben „Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z. B. bei den Nachbarskindern. Wenn sie dann ihre Eltern anstecken und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z. B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.“ um so die Bevölkerung nicht mit Hilfe von Argumenten, sondern mit Hilfe des gezielten Verbreitens von Angst und Schrecken für Regierungshandeln gefügig zu machen¹ und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble selbst zugegeben hat, dass die politische Führung dieses Landes die Coronakrise als „eine große Chance sieht, weil der Widerstand gegen Veränderungen in der Krise geringer werde. Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen“², um eben mit Hilfe der erzeugten Angst und des verbreiteten Schreckens ganz andere politische Ziele durchzusetzen, als nur die Verbreitung des COVID-19-Virus zu hemmen, und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass – mangels vorliegender Zahlen in Bayern – im benachbarten Österreich lediglich 2,8 Prozent der Fälle in Kalenderwoche (KW) 42 und lediglich 1,3 Prozent der Fälle in KW 41 in Hotels UND Gastwirtschaften ihren Übertragungsort haben³ und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in der Allgemeinverfügung vom 20.10.2020 des Landratsamtes im Berchtesgadener Land im unteren Teil der Verfügung eine pauschale Verhältnismäßigkeitsprüfung angedeutet ist⁴, die aber nicht auf eine der jeweils angeordneten Einzelmaßnahmen eingeht, in Abgrenzung zu jeder der anderen Maßnahmen aus der Allgemeinverfügung präzise jeden der vier Schritte der üblichen Verhältnismäßigkeitsprüfung, also a) Geeignetheit, b) legitimer Zweck, c) Erforderlichkeit und d) Angemessenheit in der konkreten Verfügungsmaßnahme „Untersagen des Betreibens eines Gastronomiebetriebs“ gewahrt sieht, um das Ziel zu erreichen, das COVID-19-Virus zurückzudrängen, und in Abgrenzung zu jeder der anderen Maßnahmen aus der Allgemeinverfügung präzise jeden der vier Schritte der üblichen Verhältnismäßigkeitsprüfung, also a) Geeignetheit, b) legitimer Zweck; c) Erforderlichkeit und d) Angemessenheit in der konkreten Verfügungsmaßnahme „Untersagen des Betriebs von Hotels und Beherbergungsbetrieben“ gewahrt sieht, um das Ziel zu erreichen, das COVID-19-Virus zurückzudrängen und in Abgrenzung zu jeder

¹ <https://fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-COVID-19-unter-kontrolle-bekommen/>

² https://www.nw.de/nachrichten/politik/22845605_Schaeuble-Die-Corona-Krise-ist-eine-grosse-Chance.html

³ <https://www.ages.at/themen/krankheitserreger/coronavirus/epidemiologische-abklaerung-COVID-19/>

⁴ <https://www.bgland24.de/bgland/region-bad-reichenhall/landkreis-berchtesgadener-land-ort77362/lockdown-im-berchtesgadener-land-die-allgemeinverfuegung-im-wortlaut-90074869.html>

der anderen Maßnahmen aus der Allgemeinverfügung präzise jeden der vier Schritte der üblichen Verhältnismäßigkeitsprüfung, also a) Geeignetheit, b) legitimer Zweck; c) Erforderlichkeit und d) Angemessenheit in der konkreten Verfügungsmaßnahme „Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auf öffentlichen Plätzen und Straßen von 06.00 Uhr bis 23.00 Uhr“ gewahrt sieht, um das Ziel zu erreichen, das COVID-19-Virus zurückzudrängen?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts von Presseberichten über einen möglichen rechtsextremen Anschlag mit einem fünfjährigen Kind als Todesopfer in Kempten am 17. November 1990, frage ich die Staatsregierung, ob angesichts der nun bekannt gewordenen Hinweise auf ein rechtsextremes Bekennerschreiben zu dem tödlichen Brandanschlag in Kempten eine Wiederaufnahme der Ermittlungen geplant ist, ob die Staatsregierung eine Neubewertung der Tat als politisch motivierte Kriminalität für angebracht hält und ob angesichts der Hinweise auf weitere ungeklärte Brandanschläge in den 90er Jahren in Kaufbeuren, Immenstadt und Kempten eine generelle Überprüfung von möglicherweise übersehenen Anschlägen mit rechtsextremen und rassistischen Motiven geplant ist?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem die COVID-19-Inzidenzwerte in Bayern weiter angestiegen sind und über verschiedenen Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen, zum Beispiel auch in Bezug auf Kitas, Horte und Schulen, diskutiert wird, frage ich die Staatsregierung, wie viele schwere COVID-19-Verläufe es in Bayern in den verschiedenen Altersgruppen, insbesondere auch bei den 0- bis 9-Jährigen sowie den 10- bis 19-Jährigen, im Jahr 2020 gegeben hat, welche schweren Fällen es in diesem Jahr pro Altersgruppe, insbesondere auch bei 0- bis 9-Jährigen sowie den 10- bis 19-Jährigen, gegeben hat, die eine Beatmung notwendig gemacht haben, und welche Erkenntnisse der Staatsregierung bezüglich der Ansteckung von Kontaktpersonen wie Eltern oder Lehrerinnen und Lehrer durch infizierte oder erkrankte Kinder, Jugendliche bzw. junge Erwachsene bis 19 Jahren vorliegen?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was hat die Abstimmung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) darüber, welche bestehenden Verkehrsverträge mit Eisenbahnverkehrsunternehmen sich im Einzelnen für die Erweiterung um die Anforderung „WLAN im Zug“ eignen und welche Ausnahmen dabei bestehen, ergeben, was hat die Abstimmung der BEG mit den verschiedenen Eisenbahnverkehrsunternehmen in Bayern, welche technischen und qualitativen Merkmale aus ihrer Sicht ein kundenfreundliches, aber gleichzeitig auch wirtschaftlich sparsames WLAN-Angebot sicherstellen, ergeben und wann können Fahrgäste mit kostenlosem WLAN auf den einzelnen Linien rechnen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Zeitraum sind nach der Finanzplanung der Staatsregierung Haushaltsmittel für die Psychotherapie-Ausbildung vorgesehen, die den Universitäten Planungssicherheit geben können, wie geht die Staatsregierung mit der Bedeutung „Vollzeit“ als Voraussetzung für den Mindestvergütungsanspruch in Höhe von 1.000 Euro für Psychotherapeutinnen und -therapeuten in Ausbildung genau um und welche Regelungen gelten für staatliche Kliniken, kommunale oder sonstige nichtstaatliche Kliniken, die es erlauben, diesen festgelegten monatlichen Mindestvergütungsanspruch von 1.000 Euro gegebenenfalls zu reduzieren?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezug nehmend auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Dr. Markus Büchler vom 12.10.2020 (Drs. 18/10694) frage ich die Staatsregierung, an welchen Abschnitten der Autobahn A 8 die Staatsbauverwaltung anlässlich der vom Bund veranlassten Herabsenkung der Auslösewerte um 3dB(A) Lärmschwerpunkte einschließlich der jeweiligen Sanierungsmöglichkeiten neu untersucht, bis wann diese Untersuchungen abgeschlossen sind und inwiefern dabei die Gesuche um Lärmsanierung der Bürgerinnen und Bürger bzw. auch Bürgermeister von Günzburg (insbesondere Leinheim, Limbach), Zusmarshausen (insbesondere Streitheim) und Gersthofen (insbesondere Hirblingen, Batzenhofen, Rettenbergen und Edenbergen) an den zuständigen Straßenbaulastträger berücksichtigt werden?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sollen laut der neuen Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) leistungsgekürzte Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit schlechter Bleibeperspektive – etwa jene, die sich in einem Dublin-Verfahren befinden, also in ein anderes Land der EU zurückmüssen – keine Beratung erhalten, welchen Zweck sollen die empfindlichen Strafen für die Beeinträchtigung der „Vollziehung einer bestehenden Ausreisepflicht“ haben, obwohl Abschiebungen von gut integrierten, unbescholtenen Geflüchteten und von schwer kranken Kindern erst in letzter Minute durch Gerichtsentscheide zurückgenommen werden und teilt die Staatsregierung die Meinung der Träger der freien Wohlfahrtspflege, dass die Beratungsstellen bei der niedrigen Förderung (laut BIR 60 Prozent der Personalkosten) die Beratung langfristig nicht mehr aufrechterhalten können (es haben bereits bayernweit Träger angekündigt ab dem 01.01.2021 aus der Beratung auszusteigen; bei nein, bitte begründen)?

Albert Duin
(FDP)

Vor dem Hintergrund des verpflichtenden, flächendeckenden Einbaus von Smart-Metern, um die Verfügbarkeit von Elektrizität intelligent steuern zu können, frage ich die Staatsregierung, wie viele der im Rahmen des seit August 2019 laufenden bayerischen Photovoltaik-Speicherprogramms geförderten Einrichtungen mit Smart-Metern kompatibel sind, ob Antragsteller, die bereits eine Förderung für nicht-Smart-Meter-kompatible Geräte bekommen haben, sich erneut um Landesfördermittel bewerben können, wenn ein Austausch zu einem Smart-Meter-kompatiblen Speicher notwendig wird und wie viele der öffentlich geförderten Ladesäulen im öffentlichen Raum im Zuge der Smart-Meter-Einführung ausgewechselt bzw. umgerüstet werden müssten?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen bayerischen ANKER-Zentren und ähnlichen Einrichtungen für Asylbewerber sind Fälle von Coronainfektionen und -erkrankungen aufgetreten und welche Maßnahmen werden nach Kenntnis oder Veranlassung der Staatsregierung ergriffen, um die Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen in diesen Einrichtungen sicherzustellen?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, über wie viele Hektar an forstwirtschaftlich genutzten Moorflächen verfügen die Bayerischen Staatsforsten aktuell (bitte unterteilt in Moortypen, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken angeben), wie viele Hektar sind davon entwässert und wie viele Hektar wurden in den vergangenen zehn Jahren renaturiert (bitte jeweils unterteilt in Moortypen und aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Angesichts der aus meinen bisherigen Anfragen gewonnenen Erkenntnisse über den Stand des Projekts Bayern-Cloud Schule und der mehr als fraglichen Verlängerung des MS Teams-Vertrags über das Jahresende hinaus, frage ich die Staatsregierung, ob sie den Schulen im Land flächendeckend eine funktionsfähige Bereitstellung der wesentlichen Komponenten¹ des Digitalplans Schule bis zum Jahresende 2020 bzw. noch im ersten Quartal 2021 verlässlich zusichern kann (bitte nach den einzelnen Komponenten und den beiden Zeiträumen aufgeschlüsselt im Einzelnen beantworten), welchen Funktionsumfang die Staatsregierung für diese Komponenten zum jeweiligen Zeitraum im Einzelnen verlässlich zusichern kann und im Falle einer nicht vollumfänglich zusicherbaren Auslieferung in diesen Zeiträumen, inwiefern die Staatsregierung bisher die Betroffenen vor Ort (Schulleitungen, einzelne Sachaufwandsträger, restliche Schulfamilie) darüber informiert und alternative Lösungen nahegelegt hat?

¹ (entsprechend der Antworten auf meine Anfragen sollte insbesondere auf folgende Komponenten eingegangen werden: die Lehrerdienstgeräte, der zentrale Support, die landesseitige Förderung der IT-Administration, eine Kommunikations- und Kollaborationstools in Nachfolge/Fortsetzung von MS Teams (MS = Microsoft), die zentrale Benutzerverwaltung der BayernCloud Schule sowie die geplante Schnittstelle zur ASV, der pädagogische virtuelle Arbeitsplatz inkl. Cloudspeicher, Web-Office, Chat-Anwendung, die Erweiterung der mebis Mediathek durch „mebis tube“, die zentrale Dienst-E-Mail für Lehrkräfte, die Verwaltungs-Cloud und die Schulverwaltungsanwendungen, welche auch Angebote für Erziehungsberechtigte einschließen wie Elternbriefe online, Krankmeldung online oder gemeinsame Schulkalender, die Einbindung von ASV NEO, die ASV-Online-Komponente zur Fächerwahl, die Anbindung von Fortbildungsanwendungen sowie die Stärkung der schulinternen Lehrerfortbildung im Bereich der Digitalen Bildung durch 100 befristete Stellen)

Christian Flisek
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist eine Verlängerung der Modellphase oder eine Ausweitung der sogenannten Second-Stage-Projekte, die im Anschluss an einen Aufenthalt im Frauenhaus im Rahmen eines Übergangsmagements sowohl Wohnraum als auch begleitende psychosoziale Beratung für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder bieten, auf ganz Bayern geplant und falls ja, zu welchen Konditionen?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurden in der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (FILS-R) vom 20.10.2020¹ geschlossene, nicht ozonbildende UV-C-Strahler, bei denen durch viele Studien belegt die UV-Reinigung völlig sicher im Inneren der Geräte stattfindet und nachweislich keine schädigende Strahlung nach außen dringen kann, von der Förderung ausgeschlossen, obwohl das Umweltbundesamt und das Bundesamt für Strahlenschutz diese Technologie nicht negativ bewertet haben und die Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe geschlossene, nichtozonbildende UV-C-Strahler mit vergleichbarer Inaktivierungsrate wie Filter der Klassen H13 – 14 mit Stand 01.10.2020² gleichrangig wie diese empfiehlt?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann ist mit dem Bericht „Grundwasser für die öffentliche Wasserversorgung: Nitrat und Pestizide“ für die Jahre 2016 bis 2018 zu rechnen, bis wann sollen die Kurzberichte für die Jahre 2018 und 2019 erscheinen und welche Maßnahmen wurden den Wasserversorgern konkret empfohlen, um zu hohe Nitrat- und Pestizidwerte zu verringern?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung bezugnehmend auf meine Anfrage zum Plenum vom 21.10.2020 (Drs. 18/10867), welche konkreten Ausgaben umfassen die 278.617,98 Euro Sachausgaben (Haushaltstitel 07 02/547 86), wer war Empfänger dieser Sachausgaben und was genau beinhalten die 38.200 Euro Verpflichtungsermächtigungen (Haushaltstitel 07 02/685 86)?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass dieses und nächstes Jahr der Schulbetrieb noch sehr stark von der Pandemie beeinträchtigt sein wird und die gesamte Schulfamilie vor großen Herausforderungen steht, frage ich die Staatsregierung, wurde oder wird die externe Evaluation für das erste und zweite Schulhalbjahr 2020/2021 ausgesetzt, gibt es dazu eine eindeutige Anweisung seitens des Staatsministeriums (mit Bitte um Mitteilung wann und in welcher Form diese erfolgte) und wie viele Lehrerstunden würden dadurch frei (mit Bitte um Mitteilung, wo diese freigewordenen Lehrerkapazitäten dann eingesetzt werden)?

¹ <https://www.verkuendung-bayern.de/baymb1/2020-600/>

² https://www.bgn.de/?storage=3&identifier=%2F656402&elD=sixomc_filecontent&hmac=c28bd33db2e8e9bc677e25b3a8dc46e59f5be8e6

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Bereichen das Staatsministerium für Digitales (StMD) Gesetzentwürfe und Verordnungen seit seinem Bestehen initiiert hat, bei welchen Gesetzentwürfen und Verordnungen der Staatsregierung das StMD beteiligt war (bitte hierbei auch die jeweilige Art und Weise sowie das Ausmaß der Beteiligung angeben) und welche konkreten Vorschläge des StMD seit seinem Bestehen in Gesetzentwürfe und Verordnungen eingeflossen sind?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung am 18. April 2018: „Wir [...] werden bis 2020 den gesamten ÖPNV mit WLAN ausstatten“, frage ich die Staatsregierung, wie viel Prozent des ÖPNV/SPNV aktuell bereits mit (kostenlosem) WLAN ausgestattet sind (bitte aufgeschlüsselt nach Bayern gesamt, Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. Verkehrsverbänden angeben), in welchen Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. Verkehrsverbänden oder Teilen von diesen im ÖPNV/SPNV kostenloser WLAN noch 2020 oder 2021 flächendeckend verbindlich zur Verfügung stehen wird und mit welchen (weiteren) Anstrengungen die Staatsregierung konkret das Ziel der Ausstattung des gesamten ÖPNV/SPNV in Bayern mit WLAN sicherstellt?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen staatlichen Gebäuden in Bayern wurden in diesem Jahr neue Ölheizungen eingebaut, in wie vielen staatlichen Gebäuden in Bayern wurden Ölheizungen erneuert und was waren die Gründe für die Entscheidung zu Gunsten eines fossilen Energieträgers?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Spätfolgen einer COVID-19-Erkrankung sind der Staatsregierung bekannt, wie viele Patientinnen und Patienten in Bayern haben Spätfolgen nach einer COVID-19-Erkrankung in Relation zu den komplett Genesenen und wie viele Betten in Reha-Einrichtungen waren bzw. sind in Bayern mit Patientinnen und Patienten mit Spätfolgen einer COVID-19-Erkrankung im Zeitraum April 2020 bis Oktober 2020 belegt (bitte aufteilen nach Einrichtung und Bettenzahl)?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Anlässlich des letzte Woche in einer Pressekonferenz (20. Oktober 2020) vorgestellten Eckpunktepapiers zum neu geplanten Hochschulgesetz frage ich die Staatsregierung, warum sich das vorgestellte Eckpunktepapier nur minimal von dem Eckpunktepapier, welches im August 2020 vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst angefertigt worden ist und im Anschluss an die Expertenanhörung erstmals an die Oppositionsparteien übermittelt wurde, unterscheidet, wer das vorläufige Eckpunktepapier zugesendet bekommen hat (bitte namentliche Nennung und Nennung der Institution) und inwieweit die Regierungsfaktionen sowie das Ausschussbüro inklusive der Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst im Vorfeld der Anhörung Zugang dazu hatten?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, Finanzmittel in welcher Höhe hat die Staatsregierung bisher (z. B. im Rahmen der Umsetzung des „Entwicklungskonzeptes Donaumoos“) für das Projektgebiet Schorner Röste zur Verfügung gestellt (bitte mit Zweck angeben), Finanzmittel in welcher Höhe sollen in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung gestellt werden (bitte mit Zweck angeben) und Finanzmittel in welcher Höhe sind für eine einkommenssichernde Förderung der Landwirtschaft im Bereich der Schorner Röste für die Extensivierung inklusive der dazu erforderlichen Investitionen vorgesehen?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Person(en) im Namen der Wirecard AG auf die Staatsregierung/Staatsministerien zugegangen ist/sind, um ihre Unterstützung bei der Abwicklung der Corona-Soforthilfe anzubieten (hierbei bitte auch Daten angeben), inwiefern die Staatsregierung/Staatsministerien angesichts der – schon zu diesem Zeitpunkt – zahlreichen und z. B. von KPMG offengelegten Vorwürfe gegenüber der Wirecard AG eine besondere Prüfung dieses Angebots durchgeführt hat/haben und welche Stellen innerhalb bzw. gegenüber der Staatsregierung vor einer Unterstützung der Wirecard AG bei der Corona-Soforthilfe gewarnt haben?

Annette Karl
(SPD)

Mit dem Beschluss des Bayerischen Kabinetts am 07.04.2022, dass an Pflegekräfte aufgrund der Coronakrise ein Bonus in Höhe von 500 Euro gezahlt werden soll, wurde bei vielen im Bereich der Pflege und der zuarbeitenden Bereiche große Hoffnungen geweckt, dass sie als Personengruppe zum Empfängerkreis gehören werden. Eine konkrete Abgrenzung scheint noch nicht erfolgt zu sein, da immer noch Anfragen eingehen, welche Pflegekräfte nun den Bonus erhalten? Ich frage die Staatsregierung: 1. Welche Berufsgruppen und Tätigkeitsbereiche in der stationären und ambulanten Versorgung sollen vom Pflegebonus profitieren? 2. Wann erfolgt(e) die genaue Festlegung des Empfängerkreises? Wann wird bzw. wurde der Pflegebonus ausgezahlt?

Annette Karl
(SPD)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hatte zum Anfang der Corona-Pandemie einen Aufnahmestopp für alle Kliniken im Freistaat Bayern ausgesprochen und eine Entschädigung dieser Vorhalteleistungen zugesagt, die in einem Kabinettsbeschluss vom 21.04.2020 in Höhe von 280 Euro pro Tag und Bett festgelegt wurde. Nachdem mit der Allgemeinverfügung des Freistaates Bayern vom 24.03.2020 unter Punkt 6.1. alle Kliniken mit sofortiger Wirkung den Einrichtungen nach § 108 Nr. 2 Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) gleichgestellt wurden, mussten alle Klinikbetreiber davon ausgehen, dass die Auszahlung der Entschädigung unbürokratisch vonstattengeht. Mittlerweile werden für die Ausgleichszahlung zusätzliche Erschwernisse aufgebaut, die bei Klinikbetreibern zu unbilligen Härten führen. In manchen Fällen wird sich auf das Bundesgesetz berufen, das Vergleichsmonate des Vorjahres fordert, was bei Neugründungen oder Umstrukturierungen nicht passend ist oder es fallen Kliniken aus dem Entschädigungsbereich des Bundes, weil diese nicht im bayeri-

schen Bedarfs- bzw. Krankenhausplan enthalten sind. Ich frage die Staatsregierung: 1. Wie stellt sich die aktuelle Situation bei den Entschädigungszahlungen für die Kliniken im Freistaat Bayern dar? 2. Wie erfolgt die Entschädigungszahlung für Kliniken, die nicht im Bedarfs- bzw. Krankenhausplan enthalten sind. 3. Welche Lösung gibt es für Kliniken, die nicht über die entsprechenden Vergleichswerte verfügen? 4. Wann ist mit einer Auszahlung zu rechnen?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo schon am 02.10.2020 in der entsprechenden Pressemeldung eine schnelle und unbürokratische Hilfe für die Kommunen angekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, wann veröffentlicht die Staatsregierung die notwendige Verordnung zum Abruf der Fördermittel für die Beschaffung von Luftreinigungsgeräten für Schulen?

Christian Klingen
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie sich den Umstand erklärt, dass auf der einen Seite das Argument vorgetragen wird, dass die Zahl derer, die sich angeblich mit COVID-19 infizieren, – Stand 22.10.2020 – „8 702 neu Infizierte nach 4 562, 2 601 und 2 292 die drei Wochen davon“, wie man dem Newsletter KIM – Ausgabe vom 22.10.2020 der Webseite des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration entnehmen kann, während derselben Quelle auch entnehmbar ist, dass sich der „auf einen Betrachtungszeitraum von sieben Tagen abstellende ‚geglättete R-Wert‘ ...auf R=1,25, nach R=1,16 in der Vorwoche beläuft. Beide Werte ...zeigen an, dass immer mehr Menschen sich neu mit Corona infizieren, als es überwinden. Konkret heißt dies für R=1,19, dass auf 100 Genesene/Verstorbene 119 Neuinfizierte kommen.“, was aber schon deswegen widersprüchlich wirkt, weil ein Anstieg der Infiziertenzahlen bei fast gleichbleibendem R-Wert logisch unmöglich wirkt und welchen Einfluss das Strategiepapier des Bundesinnenministeriums¹ hierbei spielt, in der Bevölkerung mit Hilfe von „Schreckensmeldungen“ Angst zu schüren und zu verbreiten?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welche Adressen gingen die in den Jahren 2019 und 2020 aus Bayern an den Bestimmungsort/Zielort Tizzasüly (Ungarn) verbrachten Rinder und wer waren die jeweiligen Empfänger – bitte aufschlüsseln nach abfertigender Behörde und Jahr?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Erlaubnis für den Anschluss des Grundstücks 1987, Gemarkung Penzing, Gemeinde Babensham, an die B 304 erteilt, weshalb wurde der Firma Zosseder GmbH die Genehmigung erteilt, obwohl das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und wie wird beurteilt, dass durch diese Genehmigung ein landschaftlich und ökologisch wertvolles Waldstück gerodet werden kann, obwohl ein negativer Bescheid zur DK1-Deponie Odelsham als Deponiegelände nicht ausgeschlossen werden kann?

¹ <https://fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-COVID-19-unter-kontrolle-bekommen/>

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der Contact Tracing Teams in den Monaten Juli, August, September, Oktober im Landkreis Berchtesgadener Land entwickelt, wie viele Kontaktpersonen von jeweiligen Corona-Infizierten hat das zuständige Gesundheitsamt durchschnittlich in den vorstehend genannten Monaten ermittelt und in wie vielen Fällen konnten Ansteckungsorte (bitte Auflistung der ermittelten Ansteckungsorte nach Häufigkeit) ermittelt werden?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der vorhandenen Klinikkapazitäten im intensivmedizinischen Bereich können aktuell durch Pflegefachkräfte betreut werden, welcher Betreuungsschlüssel liegt bei voller Auslastung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten zu Grunde und inwieweit sieht die Staatsregierung hierbei Anpassungsbedarf?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung ein Verbandstreffen in der Staatskanzlei am 20.10.2020, dem Vortag der Regierungserklärung, erwähnte, bei diesem Treffen Verbände der Heimatkultur, wie z. B. Schaustellerverbände, die zum Teil zum Weltkulturerbe gehörende Volksfeste bespielen, wohl nicht anwesend waren, frage ich die Staatsregierung, ob die geplanten Hilfen mit fiktivem Unternehmerlohn auch für Marktkaufleute sowie Personen, die von Schaustellerei, Puppenspiel oder Zirkus leben, gelten werden, ob ferner die geplanten Hilfen mit fiktivem Unternehmerlohn Einzelpersonen und Institutionen der Nachtkultur, insbesondere jenen, die nicht selbst künstlerisch tätig sind, sondern Kultur ermöglichen, zu Gute kommen werden und welche Verbände und Personen, insbesondere welche Mitglieder der Staatsregierung, bei dem Spitzentreffen in der Staatskanzlei anwesend waren?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen hat sie über die Internetpräsenz „anifat.net“, erhalten der Betreiber oder beteiligte Organisationen der Internetpräsenz öffentliche Gelder (bitte Art der öffentlichen Gelder mit angeben) und welche Informationen liegen dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) über Internetpräsenz, Beteiligte und Betreiber vor?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, werden in Bayern Pflegekräfte in Kliniken und Pflegeheimen eingesetzt, die nachweislich Kontakt zu Infizierten hatten, jedoch selbst noch nicht getestet wurden, ist es richtig, dass positiv getestete und somit infizierte Pflegekräfte weiterbeschäftigt werden unter der Auflage eine FFP2-Maske zu tragen und müssen die betroffenen Pflegekräfte sich im privaten Rahmen an die Quarantäne und damit verbundenen Auflagen halten?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ vom Freistaat Bayern im Jahre 2020 mit Mitgliedsbeiträgen von 63.000 Euro gefördert wurde, frage ich die Staatsregierung, welche namentlichen Zuwendungsempfänger das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ im Jahre 2020 förderte, wie viel Geld die jeweiligen Zuwendungsempfänger im Jahre 2020 erhielten und welche Projekte im Jahre 2020 vom „Bayerischen Bündnis für Toleranz“ gefördert wurden?

Ferdinand Mang
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch in absoluten Zahlen und pro Einwohner sind die Schulden eines jeden der in Oberbayern gelegenen Landkreise und kreisfreien Städte, also ohne die Schulden der darin sich befindlichen Gemeinden, welche Kenngrößen legt die Staatsregierung – unter Angabe der jeweiligen Rechtsgrundlagen – zugrunde, um zu ermitteln, ob der abgefragte Schuldenstand eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt als „hoch“, „kritisch“, „zu hoch“ etc. angesehen wird und in welchem Umfang gehen bereits geplante bzw. begonnene Maßnahmen, wie z. B. ein bereits begonnener und auf die kommenden Jahre angelegter Neubau eines Krankenhauses mit einer Belastung von z. B. je 10 Mio. Euro Eigenanteil des Kreises bei den Baukosten pro Jahr für die kommenden fünf Jahre in die abgefragten Schuldenhöhe unter den abgefragten Kenngrößen in die Beantwortung der Frage ein, ob ein Landkreis oder eine Stadt eine z. B. kritische Schuldenlast hat?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wusste das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 16.04.2020 über Vorwürfe bzw. über Untersuchungen seitens der Staatsanwaltschaft München gegen die Wirecard AG oder Wirecard Bank AG hinsichtlich des Bilanzbetrugs / der Marktmanipulation / der Geldwäsche / zu später Vorlage von Finanzberichten/Kontakten mit ausländischen Geheimdiensten, Bescheid (bitte nach Datum, Art des Vorwurfs / der Untersuchungen und Informationsquelle aufschlüsseln)?

Helmut Markwort
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr bekannt ist, dass Finanzbeamte in Bayern bei beruflichen Fortbildungsmaßnahmen teilweise sehr eng zu mehreren in Zimmern übernachten müssen, sodass sie dort die Hygienestandards (v. a. Abstand) nicht einhalten können, wie viele solcher Fälle bisher erfasst worden sind und in welcher Form die Staatsregierung darauf jeweils im konkreten Fall reagiert?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Beantwortung meiner Schriftlichen Anfrage vom 28.09.2020 betreffend Wohnungsbestand der BayernHeim und den Ausführungen im Vollzugsbericht betreffend Sachstandsbericht Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) vom 07.10.2020 frage ich die Staatsregierung, inwiefern für die in der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage (Antwort zu Frage 7.1.) genannten staatlichen Grundstücke, die von der BayernHeim derzeit für den Wohnungsbau entwickelt werden, die Eignungsprüfung bereits abgeschlossen ist, wie es vor diesem Hintergrund zu verstehen ist, dass laut Vollzugsbericht zur IMBY der BayernHeim bislang noch gar keine staatlichen Grundstücke überlassen oder veräußert wurden und welche weiteren für den Wohnungsbau geeigneten Potenzialgrundstücke aus dem allgemeinen Grundvermögen der BayernHeim bislang angeboten wurden?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, enthalten die Curricula der Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern Module zur nachhaltigen Beschaffung (Berücksichtigung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien), sind diese Module Wahl- oder Pflichtmodule und was sind die wesentlichen Inhalte dieser Module?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Einrichtungen und Plätze wurden mit welchem Investitionsvolumen sowohl vom Freistaat als auch von kommunaler Seite im Rahmen des staatlichen Förderprogramms für sogenannte Second-Stage-Einrichtungen, die im Anschluss an einen Aufenthalt im Frauenhaus im Rahmen eines Übergangsmangements sowohl Wohnraum als auch begleitende psychosoziale Beratung für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder bieten, geschaffen und wann wurden die Zuschüsse ausgezahlt?

Alexander Muthmann
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern für Testungen von Corona-Proben aus dem Freistaat Bayern einheitliche Vorgaben für die Labore bestehen (insbesondere bezüglich Dauer, abrechenbarer Kosten, ggf. Prioritätensetzungen von Proben, Testungsverfahren und der Abgrenzungswerte einer Probe als positiv und negativ, ggf. unter Angabe der diese Vorgaben festlegenden Instanz), inwiefern es nach Erkenntnissen der Staatsregierung bezüglich der genannten Kriterien (Dauer, abrechenbarer Kosten, ggf. Prioritätensetzungen von Proben, Testungsverfahren und Abgrenzungswert einer Probe als positiv und negativ) relevante Unterschiede zwischen den verschiedenen Laboren gibt und inwiefern – insbesondere mit Hinblick auf die relevanten Rechtsfolgen gem. §§ 24 bis 26 7. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) – gesichert ist, dass es bayernweit zu einheitlichen Bewertungen aus den entsprechenden Testungen kommt?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ihre Pläne zur Neuordnung der Energieforschung in Bayern sind, wie die dahingehenden Beschlüsse des Ministerrats vom Mai 2020 lauten und wie die Wasserstoffstrategie in die Weiterentwicklung der Erneuerbaren Energien insgesamt eingebettet ist?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der im Nachtragshaushalt 2019/2020 in Kap. 06 05 Tit. 422 21 wegen der anstehenden Grundsteuerreform neu ausgebrachten 400 Stellen konnten jeweils besetzt werden (bitte getrennt angeben für Besoldungsgruppen A 6 und A 9 sowie nach dem Datum des Eintritts), weshalb konnten ggf. die Stellen nicht besetzt werden und wie viele weitere Anwärterinnen- und Anwärterstellen in den Finanzämtern sind ggf. nicht besetzt?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylsuchende sind derzeit im Landkreis Ebersberg untergebracht (bitte aufgeschlüsselt nach Gemeinden angeben), wie viele freie Kapazitäten sind in den Gemeinden jeweils vorhanden und wie hat sich im Landkreis die Zahl der Asylsuchenden in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Gemeinden angeben)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie verteilen sich im Konkreten die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten 2 000 zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell auf die jeweiligen Gesundheitsämter in Bayern, wie viele Angehörige der Bundeswehr sowie zusätzliche bayerische Staatsbedienstete sind aktuell bei den jeweiligen Gesundheitsämtern im Einsatz und nach welchen Kriterien erfolgen Personalauswahl und -zuteilung?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Corona-Ausbrüche es an bayerischen Grundschulen und Kitas gab (bitte unterteilt nach Ansteckungen des Personals und der Kinder), in wie vielen Fällen davon ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass ein Kind eine andere Personen angesteckt hat (bitte auf die Erkenntnisse über Auswirkungen der Maskenpflicht im Unterricht eingehen und möglichst jeweils unterteilt nach Fällen vor und nach den Sommerferien und asymptomatischen/symptomatischen/schwer symptomatischen Verläufen einteilen) und falls keine Erkenntnisse dazu vorhanden sind, wie die Staatsregierung erklären kann, dass über sieben Monate nach den landesweiten Schulschließungen aufgrund der Corona-Pandemie noch kein zentrales Informationsmanagement hierüber geschaffen worden ist?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie verteilen sich die positiv getesteten Personen nach dem Ct-Wert in die Bereiche Ct-Wert unter 30, Ct-Wert über 30 (geringe Ansteckungsfähigkeit) und falls der Ct-Wert nicht übermittelt wird, warum geschieht dies nicht?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund sieht die Staatsregierung Photovoltaikanlagen in Lärmschutzwänden nicht mehr als problematisch an (vgl. die Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Ursula Sowa vom 27.06.2019 mit dem Titel „Nachhaltige Bauweise von Lärmschutzwänden an Bayerns Straßen und Bahntrassen“ (Drs. 18/3357), welche dem Landtagsbeschluss mit der Drs. 18/10042, der auf eine Initiative der Regierungskoalition zurückgeht, widerspricht), wieso soll – obwohl es schon ausreichend Praxiserfahrung mit PV-Lärmschutzwänden (PV = Photovoltaik) in Bayern gibt – erneut nur ein Pilotprojekt umgesetzt werden und welche konkreten Aufgaben wird die neue bayerische Landesbehörde haben, die nach der Auflösung der Autobahndirektionen zum 01.01.2021 für „Anordnungen zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm nach § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StVO“ (StVO = Straßenverkehrsordnung) zuständig sein wird?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zum zweiten Bauabschnitt der Staatsstraße 2036 zwischen Emersacker – Lauterbrunn – Heretsried frage ich die Staatsregierung, welche Kosten hierfür aktuell veranschlagt sind, wie der aktuelle Stand der Planungen bzw. der Trassenverlauf ist und wie die Grundstücksverhältnisse der von der Planung betroffenen Grundstücke sich darstellen (bitte Flurnummern sowie Eigentümerinnen und Eigentümer aufschlüsseln)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem Islamischen Staat halten sich derzeit in Bayern auf, wie viele Personen davon sind Frauen und wie viele Personen stehen als Gefährder oder relevante Person unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden?

Josef Seidl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamte der Staatsregierung sind zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage auf Basis der Hygienemaßnahmen zur erhofften Zurückdrängung des COVID-19-Virus in Quarantäne (bitte betroffene Polizisten und Beamte im „Justizapparat“ wie z. B. Staatsanwälte, Richter gesondert angeben), wie viele Beamte und Angestellte aus jedem der dreizehn Ministerien inkl. der Staatskanzlei der Staatsregierung sind zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage auf Basis der Hygienemaßnahmen zur erhofften Zurückdrängung des COVID-19-Virus in Quarantäne (bitte für Beamte und Angestellte separat angeben) und wie viele Beamte und Angestellte des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) sind zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage auf Basis der Hygienemaßnahmen zur erhofften Zurückdrängung des COVID-19-Virus in Quarantäne (bitte für Beamte und Angestellte separat angeben)?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden die Hygieneregeln des Bundeskabinetts (nach denen laut einem Regierungssprecher „Vorsichtsmaßnahmen wie der Mindestabstand oder das Tragen einer Maske eingehalten“ würden und deshalb nicht alle Kabinettsmitglieder auch bei einem positiv Getesteten in Quarantäne müssen) nicht auf die bayerischen Schulen übertragen, damit Schülerinnen und Schüler, wenn die Hygieneregeln und der Abstand gewahrt werden (ob mit oder ohne Klassenteilungen), am Platz keine Masken tragen müssen und nicht ganze Klassen und alle Lehrerinnen und Lehrer bei einem positiven Fall in Quarantäne müssen, welche Parameter (Maske UND Abstand, Maske ODER Abstand, Alltagsmaske oder nur FFP2-Maske, Lüften/Belüftung, Zeitfenster), auch in Bezug auf die Hygieneregeln im Bundeskabinettt, schützen vor einer Quarantäne, wenn man sich mit einer später positiv getesteten Person im selben Raum aufgehalten hat und erwägt die Staatsregierung, den wichtigen und gesundheitsfördernden Sportunterricht an Schulen offiziell ohne Masken zu gestatten analog der Regelungen für Freizeit- und Profisportarten (Beispiel Fußball), um eine Gleichbehandlung aller Lebensbereiche zu erreichen?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf die am Freitag, den 26.10.2020, eingeführte Testpflicht für Berufspendlerinnen und -pendler aus Corona-Risikogebieten im Ausland frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten bestehen für Berufspendlerinnen und -pendler aus Corona-Risikogebieten im Ausland, sich im Freistaat Bayern testen zu lassen, wie hoch sind die hierfür bereitgestellten Testkapazitäten und wer trägt die Kosten für die durch die eingeführte Testpflicht notwendig gewordenen wöchentlichen Tests?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wer haftet für Unfälle von Kunden in Ladengeschäften in Bayern, die im Zusammenhang mit dem Tragen von MNS/MNB (MNS = Mund-Nasen-Schutz, MNB = Mund-Nasen-Bedeckung) passieren, wer haftet für Unfälle von Fahrgästen in öffentlichen Verkehrsmitteln in Bayern, die im Zusammenhang mit dem Tragen von MNS/MNB passieren und wer haftet für Unfälle von Bürgern in Behörden und im öffentlichen Raum in Bayern, die im Zusammenhang mit dem Tragen von MNS/MNB passieren?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Team-Lehrkräfte seit den Sommerferien 2020 nach Kenntnis der Staatsregierung in Bayern entwickelt hat (bitte nach allen Schularten und Monaten aufschlüsseln), welche konkreten Maßnahmen und Gespräche die Staatsregierung ergriffen hat, um die Anzahl der Team-Lehrkräfte zu steigern (bitte insbesondere auf Problematik der oft relativ kurzen Befristung, der Bezahlung sowie der Geschwindigkeit im Personalauswahl- und Anstellungsprozess eingehen) und wie viele Team-Lehrkräfte ein Beschäftigungsverhältnis haben, das über die Zeit nach dem Jahreswechsel 2020/2021 hinausgeht?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Einführung der Genehmigungsfiktion im Rahmen der Novelle der Bayerischen Bauordnung, frage ich die Staatsregierung, wie viel Prozent der gesamten Bauanträge im Jahr 2019 unter die Kategorie „vereinfachte Baugenehmigungsverfahren“ (für Wohnen, 50/50 Wohnen/Gewerbe) fallen, wie viel Prozent der gesamten Bauanträge in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt unter die genannte Kategorie fallen und wie viel Prozent der gesamten Bauanträge in den Städten größer 250 000 Einwohner für 2019 unter die genannte Kategorie fallen?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Mit der bayerischen Teststrategie sind auch freiwillige Reihentestungen von vulnerablen Personengruppen vereinbart worden, deswegen frage ich die Staatsregierung, wie viele Reihentestungen in Alten- und Pflegeheimen wurden pro Kalenderwoche seit dem 1. Juli 2020 von wem durchgeführt und wie oft die Reihentestungen wiederholt wurden (bitte zahlenmäßig und prozentual an allen Alten- und Pflegeheimen in Bayern)?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung:

1.a) Welche Aufgaben hat die Task-Force Infektiologie des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in der aktuellen Pandemie bewältigt?

1.b) Welche Aufgaben wird die Task-Force Infektiologie mit Blick auf die wieder erneut steigenden Infektionszahlen in Bayern übernehmen?

2.a) In welcher Weise hat die mobile Einheit die Gesundheitsämter unterstützt?

2.b) Bei welchen schwerwiegenden oder landkreisübergreifenden Infektionsgeschehen war die Task-Force im Einsatz?

2.c) In welchem Umfang war die mobile Einheit bei den Infektionsgeschehen tätig?

3.a) Mit welchem Personal – unter Nennung der Qualifikation – war die Task-Force seit Januar im Einsatz?

3.b) Welche personellen Pläne gibt es von Seiten der Staatsregierung zur Ausstattung der Task-Force?

4.a) Durch wie viele Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung wurde die Task-Force unterstützt (bitte unter Nennung der fachlichen Qualifikation)?

4.b) In welchem Zeitraum konnten die Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung eine Unterstützung gewährleisten?

4.c) Welche Aufgaben haben die zusätzlichen Mitarbeiter prioritär übernommen?

5. Mit welchen technischen Geräten ist die Task-Force in der aktuellen Pandemie ausgestattet?

6.a) Mit welchem zusätzlichen Personal soll die Task-Force Infektiologie unterstützt werden, falls die Infektionszahlen erneut

massiv ansteigen?

6.b) Wie wird die mobile Einheit bei mehreren regionalen schwerwiegenden Infektionsausbrüchen eingesetzt?

6.c) Welche beratende Funktion wird der Task-Force in der aktuellen Pandemie zuteil?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Anteil der bayerischen Betriebe in den Jahren 2018 bis 2020 (aktuelles Ausbildungsjahr) nicht ausbildungsberechtigt war (sofern entsprechende Daten vorhanden sind, bitte nach Jahren und Branchen aufschlüsseln), mit welchen Maßnahmen sie den Austausch zwischen Lehrkräften in den Berufsschulen im Freistaat und den Ausbildern der Lehrbetriebe in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 zu unterstützen plant und welche Maßnahmen zur Personalgewinnung an berufsbildenden Schulen von ihr in diesen Schuljahren getroffen werden, insbesondere, um auf mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie zu reagieren?

Ralf Stadler
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass die Bildzeitung am 22.04.2020 meldete „In der Runde mit den Staatskanzleichefs der Länder ging Merks Kanzleramtschef Helge Braun (47, CDU) am Dienstag in die Vollen, wettete intern gegen die Masken. Die hätten am Ende „null Einfluss auf das Infektionsgeschehen...Angela Merkel (65, CDU) hatte sich bereits in der Videoschleife am Mittwoch vergangener Woche auffällig kritisch gegenüber einer Maskenpflicht geäußert.“¹, und vor dem Hintergrund, dass keine sechs Monate später Regierungen aus Bund und Ländern durch ihre Polizei diejenigen Bürger niederknüppeln lassen, die als z. B. „Querdenker“ noch immer auch diese Position der Bundesregierung vom 22.04.2020 vertreten, was die Frage nach der wissenschaftlichen Basis der inzwischen um 180 Grad gedrehten neuen Position der Bundesregierung und der ihr von Anbeginn an kritiklos folgenden Staatsregierung aufwirft, frage ich die Staatsregierung, welche wissenschaftlich-experimentellen Studien also keine Metastudien, wie z. B. die Metastudie aus The LANCET VOLUME 395, ISSUE 10242, P1973-1987, JUNE 27, 2020 legt die Staatsregierung ihrer gegenwärtigen Argumentation zugrunde, dass ein Mund-Nasen-Schutz den Eintrag von Viren in einen Körper reduzieren würde oder reduzieren helfen würde, welche wissenschaftlich-experimentellen Studien, wurden der politischen Entscheidung zugrunde gelegt, einen 7-Tage-Inzidenzwert von 50 bzw. 35 COVID-19-Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner zu definieren, und nicht etwa z. B. einen 7-Tage-Inzidenzwert von 49 oder 51 etc. bzw. einen 7-Tage-Inzidenzwert von 34 oder 36 etc. (bitte begründen) und welche wissenschaftlich-experimentellen Studien wurden der politischen Entscheidung zugrunde gelegt, ab einem gewissen Inzidenzwert ein Alkoholverbot auszusprechen, weil so angeblich das COVID-19-Virus zurückgedrängt werden könne?

¹ <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/coronavirus-streit-um-maskenpflicht-im-kanzleramt-gab-es-richtig-zoff-70200260.bild.html>

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer ist zuständig für die Freimesung von gering radioaktiv belasteten Abfällen aus bayerischen Atomkraftwerken, bevor sie zur allgemeinen Verwertung, zur Verbrennung oder zur Deponierung freigegeben werden und mit welchem Verfahren erfolgt diese Freimesung?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und Notrufe haben in welchem Ausmaß im Rahmen der neuen Förderbedingungen mehr Personal für ihre Einrichtungen beantragt?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen hat die Staatsregierung aus dem von ihr beauftragten Bericht des Leipziger Instituts für Energie gezogen, wonach die energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf von 2014 bis 2019 in Bayern um über 5 Prozent, die absoluten CO₂-Emissionen sogar um 8 Prozent gestiegen sind, obwohl im Betrachtungszeitraum Bayern zum Stromimportland geworden ist und diese Stromimporte nicht bilanziert werden, mit welchen daraus folgenden konkreten Minderwirkungswirkungen durch das geplante Klimagesetz u. a. Initiativen und Programmen rechnet die Staatsregierung bis zum Jahr 2023 (Angabe bitte in Mio. t CO₂-Äquivalente) und weshalb wird in den Berichten zu den Energiedaten des Leipziger Instituts stets das Jahr 1996 und nicht das Jahr 1990, wie international üblich, zum Vergleich herangezogen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Berufsschulen und Einrichtungen der Jugendarbeit in Bayern über kein WLAN verfügen, wie viele Berufsschulen und Einrichtungen der Jugendarbeit über ausreichend schnelles WLAN (mindestens 50 Megabit pro Sekunde) verfügen und wie hoch an diesen Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit jeweils die verfügbare Datenübertragungsgeschwindigkeit ist?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann erhalten die Lehrkräfte und die Schulleitungen die, vom Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in der Regierungserklärung vom 21.10.2020 versprochene Prämie, in welcher Höhe ist die Prämie vorgesehen und welche Kriterien werden hierfür für Lehrerinnen und Lehrer, die sich beim Digitalunterricht besonders engagieren, angelegt?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung zur Leerstandsentwicklung im Landkreis Fürstentfeldbruck vor, warum weigern sich der Landkreis und die Kommunen im Landkreis Fürstentfeldbruck anerkannte Geflüchtete und nachgezogene Familienmitglieder menschenwürdig unterzubringen (es besteht die Gefahr, dass die nachgezogene Familienmitglieder ohne Obdach leben müssen) und welche Lösungen für die Unterbringung von anerkannten Geflüchteten und ihrer nachgezogenen Familienmitglieder möchte die Staatsregierung bayernweit erarbeiten, da sich das Problem nicht nur auf den Landkreis Fürstentfeldbruck beschränkt?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, haben die „Allgemeine[n] Bedingungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Wasserbenutzung für Walchenseewerk und Mittlere Isar“ von 1930 bis heute in allen festgeschriebenen Paragrafen Gültigkeit, wenn nein, welche Paragrafen wurden umgeschrieben oder gänzlich gestrichen (bitte um Nennung des Inhalts bei Umschreiben bzw. um Nennung der gestrichenen Paragrafen), und trifft es wie unter § 4 II. festgeschrieben zu, dass „[b]ei [...] Heimfall der Wasserkraft [...] die Gesellschaft verpflichtet [ist], die wasserbautechnischen Anlagen (wie z. B. Wehre, Schleusen, Werkkanäle, Druckrohre, Regulierungsbauten, Hochwasserdammanlagen, alles mit Zubehör), die Wasserkraftmaschinen mit gesamtem Zubehör sowie die Gebäude für Kraftgewinnung und Kraftverteilung in gutem baulichem und vollkommen betriebsfähigem Zustand, ferner auch die zum Betriebe der gesamten Wasserkraftanlagen dienenden Grundstücke und dinglichen oder sonstigen Rechte unentgeltlich auf ihre Kosten an den Staat zu übertragen, der die hierfür eingegangenen dauernden Verpflichtungen übernimmt“?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gilt die neu eingeführte Genehmigungsfiktion der Bayerischen Bauordnung (BayBO) auch für Denkmäler (Einzeldenkmäler und denkmalgeschützte Ensemble), wie garantiert die neue BayBO, dass bei Anwendung der Genehmigungsfiktion die Denkmaleigenschaft von Gebäuden (Einzeldenkmäler und denkmalgeschützte Ensemble) berücksichtigt wird und wie geht sie (bei Anwendung der Genehmigungsfiktion) mit Nähefällen um?

Margit Wild
(SPD)

Nachdem am 07.01.2020 die Staatsanwaltschaft Regensburg Anklage gegen einen örtlichen Landtagsabgeordneten erhoben hat und inzwischen alle Richterinnen und Richter der zuständigen Kammer wegen persönlicher Kontakte Befangenheit angemeldet haben, frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand des Verfahrens ist, wann mit dem Beginn des Prozesses gerechnet werden kann und ob erwägt wurde, wegen eventueller Befangenheitsgründe den zuständigen Gerichtsort zu wechseln?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Kenntnis, dass der Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern (KVB) einen Sonntags-Coronatest-Dienst anbietet, der „Patienten“ zu Hause testet, haben für die Staatsregierung Coronatests höhere Priorität als Patienten, welche beispielsweise unter Schmerzen leiden und ist der Sonntags-Coronatest-Dienst der KVB aus Sicht der Staatsregierung mit dem bereitchaftsärztlichen Versorgungsauftrag zu vereinbaren?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Konzepten und Maßnahmen will die Staatsregierung ermöglichen, dass im Winter Nahreisen und Tagesausflüge mit dem Infektionsschutz vereinbart, gleichzeitig Verkehrsproblemen (bspw. durch ein verstärktes Umsteigen aus Individualverkehr) und Überlastungen an beliebten Ausflugszielen vermieden werden und welche Hygienekonzepte für die kommende Wintersaison gelten für die bayerischen Seilbahnen?